

Ein betriebswirtschaftlicher Beitrag zur Agrargeographie Österreichs

FRANZ FLIRI, Innsbruck

Da sich unser verehrter Jubilar selbst mit dem Fragenkreis der gegenwärtigen Veränderung unserer Agrarlandschaft befaßt hat¹, benützt der Verfasser gerne die Gelegenheit, das Thema im Rahmen dieser Festgabe erneut aufzugreifen. Man könnte sogar meinen, er brächte für diese Aufgabe eine besondere Eignung mit, war er doch eineinhalb Jahrzehnte hauptberuflich als Bauer tätig. Gerade diese erlebte Beziehung zu Boden und Arbeit erscheint aber dem Verfasser mehr Hemmnis als Ansporn zu sein. Einerseits hat der Mensch die begreifliche Neigung, eigene Erlebnisse und Erfahrungen als all-gemeingültig anzusehen, statistisch gesprochen sich selbst also als repräsentative Stichprobe zu betrachten. Wer die Buntheit von Landesnatur, Geschichte und heute wirtschaftenden Menschen in unserem Lande nicht ganz verkennt, wird einen solchen Schluß sofort und mit Recht verwerfen. Andererseits sieht der Verfasser die alten Erfahrungen aus eigener Praxis doch bald da, bald dort, bald früher bald später immer wieder bestätigt, sodaß ihm die Gefahr, Vorurteile zu fällen, geringer zu werden scheint.

I. Die Landwirtschaft und ihre Wirtschaftslandschaft

Soweit sich die Agrargeographen früherer Jahrzehnte über die statische Darstellung von Verbreitungstatsachen hinaus bereits mit der Erklärung der Wirtschaftslandschaft aus „den in ihr wirkenden Kräften“ beschäftigten, hatten sie es gewiß leichter als wir heute. Damals konnte noch das funktionale Gefüge im Wesentlichen herausgearbeitet werden, entsprach doch die Wirtschaftslandschaft samt allen ihren Elementen in Flur und Siedlung der Wirtschaft i h r e r Zeit. Veränderungen vollzogen sich zudem langsamer und stetiger, Überraschungen waren seltener.

Heute hat der Agrargeograph mit der Tatsache zu rechnen, daß die Wirtschaftslandschaft dem Entwicklungstempo der Wirtschaft nicht einmal annähernd zu folgen vermag. Gerade unsere Bauern wirtschaften mit zum Teil sehr modernen Methoden in einer noch weithin mittelalterlichen Flur. Wenn da auch dem Geographen die funktionalen Beziehungen versagen, heißt das doch nur, daß schon in der Praxis die sinnvolle Gestaltung der Landschaft durch richtiges Wirtschaften gestört erscheint.

Diese Störungen sind es freilich schon immer gewesen, die die stärksten Impulse zur Umgestaltung der Landschaft brachten. Sie wurzeln zunächst in der Entwicklung der Bevölkerung, sodaß schon O. SCHLÜTER mit Recht sagen konnte:

¹ LENDL, E.: Die österreichische Agrarlandschaft im Zeitalter der technischen Revolution. Mitt. österr. Geogr. Ges. Band 104, 1962. S. 172—189.

„Gleich mächtigen Atemzügen scheinen in der Bevölkerungsgeschichte Mitteleuropas Zeiten miteinander abzuwechseln, in denen die Bevölkerung die Tendenz hat, sich in möglichst großer Zahl über das Land zu verbreiten . . . und solche, in denen sie von dem Streben beherrscht wird, sich auf wenige Linien und Punkte anzuhäufen . . .“².

Hand in Hand gehen Schwankungen in Richtung auf mehr intensive und extensive Bodennutzung, Schwankungen der Erzeugerpreise und Arbeitslöhne, der Grundrenten und des Bauernlohns. Mit dieser Seite der Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter hat sich W. ABEL abermals tiefschürfend kritisch auseinandergesetzt³. Agrargeographisch bleibt zu vermerken, daß sowohl die Konjunktur, der landwirtschaftliche Ausbau, als auch die Krise, die Schrumpfung, zu einem Spannungsfeld zwischen der Wirtschaft und ihrer Landschaft führen. Vorübergehend kann sich die Wirtschaft behelfsmäßig der Landschaft anpassen, auf Dauer aber schafft sich die Wirtschaft ihre neue Wirtschaftslandschaft selbst.

Sosehr es außer Zweifel steht, daß wir derzeit inmitten sehr heftiger Entwicklungen der Agrarlandschaft stehen, die Spannung zwischen Landschaft und Wirtschaft also sehr groß sein muß, fällt es im ganzen schwer, einheitliche Ursachen anzugeben. Weitverbreitet tragen die Veränderungen in der Landschaft durchaus Züge der Agrarkrise, wie die vielen Hinweise auf Extensivierung, viehlose Ackerwirtschaften, Aufforstungen auf vorher landwirtschaftlich genutzten Flächen und die Sozialbrache zeigen. Dem stehen aber an anderer Stelle so viele offensichtlich recht erfolgreiche Bemühungen der Landwirtschaft um Hebung der Intensität gegenüber, daß man kaum an einer Agrarkonjunktur zweifeln kann. Wer heute Österreich durchreist, kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die vielen sorgfältig bestellten Felder, das leistungsfähige Vieh, die zahlreichen landwirtschaftlichen Neubauten und nicht zuletzt die Bauern auf dem Feld mit modernsten Maschinen beredtes Zeugnis für eine glückhafte Entwicklung ablegen. Demgegenüber empfindet auch die breite Öffentlichkeit die anderslautenden Stimmen aus der Landwirtschaft selbst nur als politisch-zweckpessimistisch gefärbt, zumal sie ohnehin von einer immer kleiner werdenden Minderheit erhoben werden und so immer leichter ins Gewicht fallen⁴.

II. Betriebswirtschaftliche Grundlagen

Sowohl zum Verständnis der in der Vergangenheit entstandenen und teilweise noch überlieferten Besitz-, Flur- und Arbeitsverfassung als auch zum Erkennen der gegenwärtigen Veränderungen erscheint ein Hinweis auf das betriebswirtschaftliche Grundgesetz der Landwirtschaft angebracht. Sowohl beim Aufbau organischer Stoffe durch die Einzelpflanze oder das Tier als auch bei der Schaffung des gesamten Rohertrages eines Betriebes zeigt es sich, daß die ersten Schritte zur Erhöhung eines bestimmten Produktionsfaktors (z. B. des Phosphorsäuregehalts im Boden, der Leistungsfuttermenge für das Milchvieh, des Ersatzes der tierischen Zugkraft durch den Traktor usw.) die erfolgreichsten sind. Zwar führen auch die weiteren Schritte in der Steigerung des Betriebsaufwandes noch zu höheren Roherträgen, doch nicht mehr in demselben Maße. Der Rohertrag wächst langsamer als der Betriebsaufwand und kann über ein bestimmtes Maximum gar nicht gehoben werden. In einer auf Rentabilität

² SCHLÜTER, O.: Die Siedlungen im nördlichen Thüringen, 1903, S. 209.

³ ABEL, W.: Agrarkrisen und Agrarkonjunktur, 2. Aufl., Hamburg und Berlin, 1966.

⁴ Der Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung Österreichs betrug 1951 noch 21,9%. Derzeit (1966) wird der Anteil vom Verfasser auf nur mehr 14,2% geschätzt.

bedachten Landwirtschaft wäre es aber sinnlos, dieses Maximum verwirklichen zu wollen, da der noch kostenlohnende Rothertrag bereits darunter liegt. Dieses Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs führt also zur Festlegung einer Ertragsschranke, an der sich Aufwandssteigerung und Ertragszunahme die Waage halten (Grenzaufwand = Grenzertrag).

Andererseits ist es ohnehin verständlich, daß es immer am lohnendsten ist, jenen Produktionsfaktor zu betonen, der sich im Minimum befindet. Von ihm ist nicht nur der Gesamtertrag am stärksten abhängig (Gesetz vom Minimum), sondern er ist auch am wenigsten vom abnehmenden Ertragszuwachs betroffen.

Das Ertragsgesetz gilt vor allem für die Hauptgruppen der Produktionsfaktoren, für Boden, Arbeit und Kapital und deren Kombinationen. Ist der Boden knapp, Arbeitskraft und Kapital aber reichlich vorhanden, so muß zwecks hoher Flächenproduktivität intensiv gewirtschaftet werden. Ist der Boden billig, Arbeit und Kapital aber teuer, so wird dadurch im Interesse einer hohen Arbeits- und Kapitalproduktivität extensives Wirtschaften bedingt. Tatsächlich wird es sich im bestimmten Einzelfall immer um Kompromisse handeln, wobei die teuren Produktionsfaktoren sparsam, die billigen aber freigebig eingesetzt werden.

Dieses Grundgesetz landwirtschaftlicher Betriebsführung beherrscht nicht nur die gegenwärtige Entwicklung, sondern ist in allen Epochen des Landbaus wirksam gewesen. Erst über seine Wirkung auf die Wirtschaftslandschaft gewinnt es seine volle agrargeographische Bedeutung.

Im Laufe der Zeit hat sich zwar die Art des Zusammenspiels von Boden, Arbeit und Kapital in ihrer Bewertung als Produktionsfaktoren geändert. Jeder Kombination entsprach aber immer eine bestimmte Wirtschaftsweise und damit bei genügend langer Andauer auch eine bestimmte Wirtschaftslandschaft. Freilich paßt sich die Landschaft nur langsam an und manche Entwicklungen sind überhaupt nicht mehr rückgängig zu machen. Wir haben daher auch in der heutigen Wirtschaftslandschaft zum Teil noch mit dem Ausdruck der Produktionsbedingungen längst vergangener Zeiten zu rechnen. In Tab. 1 soll dies in schematisierender Weise anschaulich gemacht werden.

Nach dieser großzügigen Übersicht in Tab. 1 soll versucht werden, die gegenwärtigen betriebswirtschaftlichen Entwicklungsrichtungen in der österreichischen Landwirtschaft über die Produktionsfaktoren genauer zu erfassen. Dies erscheint einerseits dank den vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft alljährlich auf Grund eingehender Untersuchungen vorgelegten Berichten über den Stand der Landwirtschaft sehr leicht⁵. Andererseits sind die natürlichen Bedingungen sowie die Betriebs- und Besitzstruktur in Österreich so verschiedenartig, außerdem die Zeit, aus der wir über einheitlich erhobene statistische Unterlagen verfügen, noch so kurz, daß alle räumlichen und zeitlichen Vergleiche doch sehr erschwert sind.

III. Der Boden als Produktionsfaktor

Die land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche Österreichs umfaßt rund 71 000 km². Die jährlichen Flächenverluste werden derzeit und wohl auch für die nächste Zukunft auf 50 km² geschätzt⁶. Selbst wenn man annimmt, daß diese Bodenabgaben zum größten Teil von den rund 27 000 km² der land-

⁵ Berichte über die Lage der österreichischen Landwirtschaft gem. § 9 des Landwirtschaftsgesetzes BGBl. Nr. 155/1960, herausgegeben vom Bundesministerium für Land- u. Forstwirtschaft in Wien; erscheint jährlich; in der Folge kurz „Grüner Bericht“ genannt.

⁶ „Grüner Bericht“, 1962.

T a b. 1. Entwicklungsphasen der österreichischen Agrarlandschaft in Beziehung zu den Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital

| Entwicklungsphase | Faktorenkombination | Wirtschaftsweise | Anteil an der heutigen Agrarlandschaft |
|---|--|---|--|
| 1. Erste Landnahme = dünnbesiedelte Agrarlandschaft | Inwertsetzung des Bodens erst durch Rodung, die noch beliebig erweitert werden kann; Boden und Arbeitskraft billig, Kapital teuer | Extensivwirtschaft auf großen Flächen, besonders über Brandrodung, Felderwechsel- und Weidewirtschaft; großflächige Verdrängung der natürlichen Vegetation; wichtigster Regulator zur Bewahrung des Landschaftshaushaltes in den Ostalpen = Zwang zur Bereitstellung von Winterfutter; Da Transhumanz in Nachbarschaft nicht möglich, auch Beschränkung der Sommerweide | Anlage der Siedlungskerne, Erste Schaffung einer unteren Waldgrenze und Tieflegung der oberen Grenze, Almwirtschaft |
| 2. Binnenkolonisation = dichtbesiedelte Agrarlandschaft | Bodenverknappung durch Zunahme der Bevölkerung ohne hinreichende Erhöhung der Flächenerträge, Arbeitskraft billig, Kapital noch teuer | Intensivwirtschaft unter Einbezug von Grenzertragsböden (daher z. T. nach Rückschlägen Wüstungen), starke Teilung der Güter, Betonung des Ackerinsb. des Getreidebaues, z. T. zeltgebundene Dreifelderwirtschaft, Krise der Humusversorgung | Besitzstruktur, Flurformen, Ackerterrassen, bergbäuerliche Rodungsflächen |
| 3. beginnende Industrialisierung = Übergang zu stärker arbeitsteiliger Volkswirtschaft | Boden weiter knapp bei weiter steigender Bevölkerung und nur langsam steigenden Flächenenerträgen; Arbeitskräfte noch ausreichend, aber z. T. Abwanderung in die Industrie (Landflucht); Kapital wird billiger | Stärkere Verflechtung in die Weltwirtschaft (insb. bei Brotgetreide), Tendenz vom Ackerbau zur Viehwirtschaft (damit Bodengesundung), Fruchtwechselwirtschaft und starke Ertragserrhöhung, Stärkere Konjunkturschwankungen (Preise der Erzeugnisse und Arbeitslöhne), Verschuldung und Güterspekulation | Besitzstruktur (lokal Schrumpfung zu größeren Betrieben), Flurformen, Gebäude |
| 4. Starke Industrialisierung und Anwendung von Wissenschaft und Technik in der Landwirtschaft | Boden weiter knapp, Arbeitskräfte knapp und teuer, Kapitalentsatz lohnend (insbesondere Maschinen), überhöhter außerlandwirtschaftlicher Bodenwert | Bemühungen um weitere Erhöhung der Flächenenerträge und Ersatz von menschlicher und tierischer Arbeitskraft durch Maschinen; Flexible Mechanisierung bei überwiegend starrer Besitz- und Betriebsstruktur | Gegenseitige Anpassung von Betriebsform, Flur und Landtechnik, Tendenz zu größeren Betrieben, starre Besitzstruktur wegen nicht landwirtsch. bedingter Aufwertung des Bodens; Tendenzen zur Betriebsvereinfachung (viehlose Wirtschaft), Aufforstungen, Sozialbrache; Tendenzen zu verbundener Landnutzung (Maschinen, Anlagen, Veredelung der Produkte) |

wirtschaftlich genutzten Fläche ohne Weiden und alpines Grünland erfolgen, kann eine nennenswerte Preiserhöhung des verbleibenden Bodens aus der Tatsache der Nutzflächenabnahme allein nicht abgeleitet werden.

Tatsächlich sind aber die Preise für Nutzland in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen. Der „Grüne Bericht“ 1962 gibt im Zusammenhang mit den Kosten für Besitzaufstockungen für die Jahre 1957 bis 1962 eine Preiserhöhung von 18,5 S auf 26,0 S/m² an. Selbst wenn man diese Angaben vom Nominalwert auf den Realwert umrechnet, ergibt sich daraus eine jährliche Preiserhöhung von rund 4%. Damit ist aber bereits ein gewisses Interesse für spekulative Geldanlage in Form von Boden gegeben, gleich ob dieser landwirtschaftlich genutzt wird oder nicht.

Letzten Endes geht die Preiserhöhung für landwirtschaftliche Nutzflächen nicht aus der wachsenden Nachfrage der Landwirtschaft selbst, sondern aus dem Bodenhunger der übrigen Wirtschaft und Bevölkerung hervor. Oft werden von Bauern kleinere Parzellen, zumal solche, die landwirtschaftlich weniger wertvoll sind, als Baugrund verkauft, mit dem Erlös aber Ersatzgründe angekauft. Die Suche nach geeigneten Ersatzgründen läßt damit auch den Preis nicht baufähiger Grundstücke steigen. Neben der nicht landwirtschaftlichen Grundspekulation gibt es damit auch Möglichkeiten für eine landwirtschaftliche.

Dafür sei ein dem Verfasser bis in weitere Einzelheiten bekanntes charakteristisches Beispiel angeführt. Nach den gesetzlichen Bestimmungen für die Grundzusammenlegung sollen Kleinbesitzer in der Nähe ihrer Hofstellen abgefunden werden. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen erhielt ein Kleinbauer so seine weit verstreut und entfernt liegenden Felder in Dorfnähe zusammengelegt.

Nach dem zweiten Weltkrieg nahm die Gemeinde durch Industrialisierung einen starken Aufschwung, der Lebensstandard der Arbeiter hob sich wesentlich selbst über jenen an anderen Industrieorten und die Bodenpreise zogen sehr stark an.

Aus dem Verkaufserlös seines Kleingutes kaufte der Bauer einen ganzen Hof in einer Nachbargemeinde und einen zweiten in einem anderen Bundesland. Jeder der beiden Höfe, die nunmehr von seinen Söhnen bewirtschaftet werden, ist mehrfach größer als der ursprüngliche Besitz.

Unabhängig von diesem Grundverkehr konnte der Kaufpreis für den in der Nachbargemeinde billig erworbenen Hof durch Abverkauf eines Bruchteils der Fläche — wiederum für Bauzwecke nach Anziehen der Preise — schon nach sehr wenigen Jahren hereingebracht werden.

Verschiedentlich scheinen die höfegesetzlichen Bestimmungen solche Transaktionen zu begünstigen: Höfe sind als „geschlossene Höfe“ samt Gebäuden und Inventar nach rein landwirtschaftlichem Wertmaß sehr preiswert zum Ankauf. Wird nachträglich die Auflösung als geschlossener Hof z. B. nach den Tiroler Höferecht vorgesehenen Bedingungen erreicht, können Parzellen einzeln abverkauft werden und der Preis kann ein Vielfaches des ursprünglichen betragen.

Die zweifache Bewertung des Bodens, einmal als landwirtschaftlicher Produktionsfaktor unmittelbar, zum andern aber für landwirtschaftsfremde Zwecke, war schon bisher vor allem in der Nähe der wachsenden Städte zu beobachten. Im Zusammenhang mit der Verschiebung des Schwerpunktes der Bevölkerung in Österreich von Osten mehr nach Westen, mit der stärkeren Dezentralisierung der gewerblichen Wirtschaft und Industrie und dem Wachsen vieler kleiner bis mittlerer Siedlungen zu größeren hat sich das Problem von den Rändern der Städte linien- und flächenhaft auf den größten Teil unseres Landes ausgedehnt.

Voraussetzung für den nun einsetzenden Grundverkehr ist zuerst die Labilisierung der bäuerlichen Beziehung von Mensch und Boden. Ein und derselbe Mensch bewertet seinen Boden einerseits als Bauer nach den herkömmlichen Gesichtspunkten des Ertrages, also als Lebensgrundlage für seine Familie, als etwas vom Gestern in das Morgen zeitlos Weiterbestehendes, über dessen Preis in Geldeswert man überhaupt nicht nachdenkt. Andererseits muß er seinen Boden als Wertgegenstand, als Kapital betrachten und wird um die rechtzeitige und günstige „Verwertung“ besorgt sein. Die Beziehung von Mensch und Boden ist also im Grunde durchaus von schizophrener Art geworden.

Wenn trotzdem gerade in Stadtnähe oft ein beharrliches Festhalten am Boden zu beobachten ist, so liegt der Grund in der Erfahrung der Besitzer, daß

ein später Abverkauf die höchsten Erlöse bringt. Bis dahin vermag auch die Landwirtschaft, bei der gegebenen Marktnähe etwa über Feldgemüse- und Gartenbau, ihren Mann zu ernähren.

Die Verluste an landwirtschaftlicher Nutzfläche, denen keine gleichwertigen Gewinne aus Meliorierungen gegenüberstehen, weisen auf die Tatsache hin, daß der Boden jener Produktionsfaktor ist, der im Gegensatz zu Arbeit und Kapital quantitativ nicht vermehrt werden kann. Daraus ergibt sich einerseits von selbst die Notwendigkeit zu schonender Erhaltung für die fernere Zukunft. Dies ist ein Hauptproblem der Landesplanung und Raumordnung und leider im Großen und Ganzen gegenüber den wechselnden Sonderinteressen noch durchaus unbewältigt. Andererseits wird man mit fortschreitender Zeit schon angesichts der Welternährungslage über den derzeitigen Rentabilitätsbegriff hinaus die Bodenfruchtbarkeit sichern und weiter ausbauen müssen.

IV. Die menschliche Arbeitskraft als Produktionsfaktor

In allen zunehmend arbeitsteilig organisierten Volkswirtschaften der Erde nimmt die Zahl der in der Landwirtschaft (im primären Sektor) tätigen Arbeitskräfte ab und wird die menschliche Arbeitsleistung teurer. Das geht auch für Österreich aus nachstehender Tabelle hervor.

T a b. 2. Durchschnittliche jährliche Veränderung der Zahl der Berufstätigen in Österreich, in Tausend (berechnet nach Angaben in den Statistischen Nachrichten 1961)

| | 1934—1951 | 1951—1961 |
|---------------------------------|-----------|-----------|
| in Land- und Forstwirtschaft | — 8,5 | — 31,5 |
| in der übrigen Wirtschaft | + 15,6 | + 57,3 |
| in der gesamten Wirtschaft | + 7,1 | + 25,8 |
| Veränderung der Wohnbevölkerung | + 10,2 | + 13,4 |

Der Vergleich der beiden Zeitabschnitte führt wegen der Kriegsverluste und des Zustroms vieler Flüchtlinge zu falschen Schlüssen. Dagegen kann man die Werte aus dem Jahrzehnt 1951—1961 zur Fortschreibung bis zur Gegenwart verwenden, was in erster Annäherung und ohne Rücksicht auf den Altersaufbau zulässig erscheint. Man erhält dann die in Tab. 3 angegebenen aktuellen Daten.

T a b. 3. Bevölkerung und Zahl der Berufstätigen in Österreich, in Tausend.

| | 1951 | 1961 | 1966 |
|--|-------|-------|-------|
| Gesamtbevölkerung | 6.934 | 7.067 | 7.134 |
| in Land- u. Forstwirtschaft tätig | 1.080 | 765 | 608 |
| in übriger Wirtschaft tätig | 3.118 | 3.691 | 3.978 |
| Auf einen Berufstätigen entfallende Zahl der Gesamtbevölkerung | | | |
| Land- und Forstwirtschaft | 6,4 | 9,2 | 11,7 |
| übrige Wirtschaft | 2,2 | 1,9 | 1,8 |

Im Jahre 1951 entfielen auf einen in der Land- und Forstwirtschaft Berufstätigen nur 2,9 in den anderen Zweigen der Wirtschaft Beschäftigte. Bis 1961

war dieser Quotient schon auf 4,8 gestiegen und dürfte derzeit rund 6,5 betragen. Relativ gesehen hat somit in kurzer Zeit eine sehr kräftige Verlagerung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft in andere Wirtschaftszweige hinein stattgefunden. Es sei noch hinzugefügt, daß im Jahrzehnt 1951—1960 die jährliche Abnahme der in Land- und Forstwirtschaft Tätigen bei den familienfremden Kräften 8,1 Tausend, bei den familieneigenen 14,6 Tausend und sogar bei den Betriebsinhabern 4,3 Tausend betrug⁷.

Viele Betriebe haben sich damit zu Familienbetrieben entwickelt. Im Jahre 1951 betrug der Anteil der familienfremden Kräfte noch 14%, 1960 nur mehr 10% und derzeit wohl nur mehr rund 6%. Außerdem trat auch die Person des Betriebsinhabers immer stärker in den Vordergrund. 1951 standen ihm noch 2,0 zusätzliche Kräfte zur Verfügung, 1960 noch 1,6 und derzeit nur mehr etwa 1,3, das heißt meist nur Bäuerin und Kinder. Sicher hat sich bereits eine große Zahl von Betrieben wohl oder übel zu Einmannbetrieben entwickelt⁸.

Neben diesen quantitativen Verschiebungen darf auch die deutlich sichtbare Veränderung im Altersaufbau der Berufstätigen nicht unberücksichtigt bleiben, gehen doch vom Generationsproblem früher oder später neue Impulse aus.

T a b. 4. Altersaufbau der berufstätigen Bevölkerung Österreichs, Anteile der Altersgruppen in Prozent⁹.

| Altersgruppen Jahre | männliche Berufstätige | | weibliche Berufstätige | |
|------------------------|------------------------|--------------------|------------------------|--------------------|
| | Land- und Forstw. | übrige Wirtsch. | Land- und Forstw. | übrige Wirtsch. |
| 15—30 | 33,8 | 36,2 | 31,6 | 43,0 |
| 30—45 | 30,0 | 31,9 | 32,7 | 30,2 |
| 45—60 | 36,2 | 32,0 | 35,7 | 26,8 |

Bekanntlich arbeiten in der Landwirtschaft im Gegensatz zur übrigen Wirtschaft besonders viele Familienangehörige auch über das 60. Lebensjahr hinaus mit. Auch wenn man diese Jahrgänge unberücksichtigt läßt und damit einen besseren Vergleich der Berufsgruppen ermöglicht, besteht eine bei den männlichen Kräften deutliche und bei den weiblichen starke Überalterung in der Land- und Forstwirtschaft. Wahrscheinlich gehört der Großteil der die Landwirtschaft beruflich Verlassenden den jüngeren Jahrgängen an. Damit wird die spätere Auflassung des elterlichen Betriebes schon vorweggenommen¹⁰.

Übrigens lassen auch die Ergebnisse der Musterungen der Wehrpflichtigen zum Bundesheer deutlich erkennen, daß die Land- und Forstwirtschaft in mehrfacher Hinsicht zur Ader gelassen wird. Bei der Musterung 1960 waren von den Rekruten aus der Land- und Forstwirtschaft nur 60% zum Waffendienst tauglich, bei den Rekruten aus anderen Wirtschaftszweigen aber 70%.

⁷ Die Werte beziehen sich nur auf die ständig Berufstätigen und wurden nach Angaben in Statist. Nachr. 1963, S. 198 berechnet. In dem zuletzt erschienenen „Grünen Bericht“ 1964, S. 14, wird die jährliche Abwanderung nur mehr mit 19,4 tausend Arbeitskräften angegeben.

⁸ Der Verfasser ist seit 1952 in mehreren Veröffentlichungen aus dem Optimismus der Praxis für den Einmannbetrieb eingetreten. Heute hält er ihn aus gesundheitlichen und betriebswirtschaftlichen Gründen für den größten Mißstand unserer Agrarstruktur.

⁹ Nach den Ergebnissen der Volkszählung 1961; vgl. dazu den „Grünen Bericht“ 1964, S. 64.

¹⁰ Der Mangel an weiblichen Kräften weist auf die Erfahrung hin, daß für viele Jungbauern die Eheschließung im eigenen sozialen Heiratskreis erschwert oder unmöglich wird.

V. Das Kapital als Produktionsfaktor

Wie es der allgemeinen Entwicklung Österreichs zu einem Land mit hochentwickelter arbeitsteiliger Volkswirtschaft entspricht, werden immer mehr Arbeitskräfte an ihrem bisherigen Arbeitsplatz durch Kapital ergänzt oder durch Kapital ersetzt. Das Kapital tritt in Form von erzeugenden und unterstützenden Betriebsmitteln in mannigfacher Weise in Erscheinung. Soweit die Land- und Forstwirtschaft mit ihm arbeitet, werden also Vorleistungen anderer Wirtschaftszweige vorausgesetzt. Diese haben ja auch den Großteil der verlagerten Arbeitskräfte, teilweise sogar zum Zwecke dieser Vorleistungen unmittelbar, aufgenommen.

Einen ersten Überblick der Entwicklung des Kapitaleinsatzes in der Land- und Forstwirtschaft erhält man aus den Aufstellungen des Statistischen Zentralamtes über das österreichische Volkseinkommen¹¹. Die Rechnungsposten Betriebsaufwand, Abschreibungen und indirekte Steuern decken sich zwar nicht ganz mit dem Begriff Kapitaleinsatz und auch die Umrechnung von Nominalauf auf Realwerte ist teilweise problematisch. In der Entwicklung herrscht aber sicher Übereinstimmung. Sieht man von den Schwankungen von Jahr zu Jahr ab und rechnet man zu Realwerten auf der Basis des Jahres 1965, so darf etwa wie folgt geschlossen werden. Im Mittel des Zeitraumes 1950—1965 hat der Rohertrag aus Land- und Forstwirtschaft jährlich um fast 700 Mill. S zugenommen, die davon für Betriebsaufwand, Abschreibungen und indirekte Steuern vorzunehmenden Abzüge aber auch um 500 Mill. S, so daß sich eine recht geringe Jahreszunahme des Beitrages zum Volkseinkommen von weniger als 200 Mill. S ergibt.

In der landwirtschaftlichen Betriebslehre pflegt man beim Kapital zu unterscheiden, ob es für erzeugende oder für unterstützende Betriebsmittel verwendet wird. Zur ersten Gruppe zählen Saatgut, Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, Zuchtvieh u. dgl., zur zweiten Maschinen, Gebäude, Energiebedarf usw. Alljährlich muß ein bestimmter Teil des Rohertrages für diese Zwecke ausgegeben werden.

Am Rohertrag gemessen ist der Anteil der Ausgaben für erzeugende Betriebsmittel von 1958 bis 1963 von 11,1% auf 12,5% gestiegen, allein die Ausgaben für Maschinen jedoch von 10,6% auf 14,8%, für Gebäude von 6,0% auf 6,5%¹². Der Schwerpunkt des Kapitaleinsatzes liegt also eindeutig bei der technischen Ausstattung der Betriebe und zwar ziemlich genau im Gegensatz zu den wohlbegründeten Empfehlungen des betriebswirtschaftlichen Förderungs- und Beratungsdienstes: „zuerst intensivieren, dann mechanisieren!“.

Über das Ausmaß der Kapitalbindung in Landmaschinen liegt eine Übersicht bis zum Jahre 1962 vor¹³. Schon 1962 betrug das Landmaschinenkapital bei Österreichs Bauern 28,3 Mrd. S. Vergleicht man zur groben Fortschreibung die damals vorhandene Zahl der Traktoren von 148.000 mit der derzeitigen, die vom Verfasser auf rund 200.000 geschätzt wird, so kann man schon zu den niedrigeren Preisen von 1962 mit einem investierten Kapital von rund 38 Mrd. S rechnen. Das entspricht nahezu dem Beitrag von Land- und Forstwirtschaft zum österreichischen Volkseinkommen in drei Jahren!

Angesichts der völlig verschiedenen Beschaffenheit von Betrieben gleicher Fläche einerseits im Ackerbaugebiet des nordöstlichen Österreich, andererseits in

¹¹ Beihefte z. d. Statist. Nachr. 1963 H. 4, 1964 H. 4, 1965 H. 3 u. 1966 H. 3.

¹² Nach einer Pressemitteilung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Dipl.-Ing. Dr. Scheinzer, vom 10. 10. 1966: die österreichische Land- und Forstwirtschaft kauft jährlich um über 3 Milliarden S Maschinen und zahlt eine weitere Milliarde S für deren Instandhaltung.

¹³ Statist. Nachr. 1963 S. 196 und „Grüner Bericht“ 1961.

den Hochalpen ist der Wert des Maschinenkapitals pro Flächeneinheit oder auch pro Betrieb eine zwar anschauliche, aber zur Interpretation unsichere Größe¹⁴. Sinnvoller erscheint die Angabe des pro Arbeitskraft eingesetzten Kapitals. Der „Grüne Bericht“ 1961 gab für das Jahr 1957 im österreichischen Durchschnitt 19.000 S, für 1961 aber schon 27.000 S an. Der Verfasser glaubt, für das Jahr 1966 und zu derzeitigen Preisen etwa 65.000 S annehmen zu dürfen.

Zwischen den Hauptproduktionsgebieten Österreichs bestehen in dieser Hinsicht recht große Unterschiede. In den Ackerbauwirtschaften des Nordostens wird pro Arbeitskraft mehr Kapital aufgewendet als in den gemischten Betrieben des Vorlandes und hier wiederum mehr als in den Grünlandgebieten der Hochalpen. Für die Ackerwirtschaften im Nordosten ist bezeichnend, daß das Kapital pro Arbeitskraft mit der Betriebsgröße zwar zunimmt, aber nicht annähernd proportional der Fläche. Bei wahrscheinlich kaum verschiedenen Flächen-Rohrerträgen wird in Großbetrieben also pro Flächeneinheit viel weniger Kapital investiert, was den Reinerträgen sehr zugute kommt. Für einen Ackerbaubetrieb von 75 ha kann etwa nur ein Drittel des Kapitals pro Flächeneinheit angenommen werden, mit dem ein Kleinbetrieb von 7,5 ha besetzt ist. Schon hier drängt sich die Frage auf, ob dieser Kleinbetrieb den relativen Überbesatz an Kapital durch höhere Flächenintensität und höhere Rohrerträge kompensieren kann.

Damit ist bereits das sehr ernste Problem angeschnitten, ob nicht ein Teil der Landwirtschaftsbetriebe Österreichs bereits übermechanisiert ist. Nach dem Stande von 1962 besaßen die Betriebe unter 10 ha bereits 30% aller Traktoren, mit denen aber nur 8% der Fläche bearbeitet wurden, wobei auf einen Traktor 5,8 ha entfielen. Die Betriebe zwischen 10 und 50 ha besaßen 63% aller Traktoren und 54% der Fläche mit 18,4 ha pro Traktor. Die Betriebe über 50 ha umfaßten schließlich nur 8% der Traktoren, aber 38% der Fläche mit 104 ha pro Traktor. Sicher wird in dieser Aufstellung wieder einiges durch die flächengroßen Betriebe der Hochalpen, die sich zudem über den an den Weg gebundenen Traktor hinaus oft gar nicht mechanisieren können, verfälscht. Die ausgedrückte Tendenz ist aber sicher richtig erfaßt.

Abgesehen davon läßt sich die Übermechanisierung an vielen Einzelfällen eindeutig belegen. Dem Verfasser sind Fälle von Betrieben bekannt, die bei einer Wirtschaftsfläche von 5 bis 10 ha und gemischter Wirtschaft rund 600.000 S Maschinenkapital aufweisen; weiter Betriebe, die bei wenig über 1 ha Getreidefläche einen Mähdescher oder bei gleicher Kartoffelfläche eine Kartoffelvollerntemaschine besitzen¹⁵. In solchen Fällen wird die Fragwürdigkeit der selbständigen Mechanisierung der Kleinbetriebe besonders deutlich. Der Kapitaleinsatz pro Arbeitskraft — oft genug ist das der Betriebsführer allein — ist dann etwa gleich groß wie bei einem Transportunternehmer mit leistungsfähigem Lastwagen. Während dieser aber fast ganzjährig sein Gerät einsetzen und damit in kurzer Zeit abschreiben kann, vermag der Bauer seinen vielfältigen Maschinenpark jeweils nur wenige Tage zur Wertschöpfung zu verwenden. Wahrscheinlich tröstet er sich sogar vergebens mit der großen Lebensdauer, die seine Maschinen bei guter Pflege sicher haben. Mit Sicherheit veralten sie

¹⁴ Für die Landwirtschaft der benachbarten Bundesrepublik Deutschland wurde schon 1963 eine Belastung mit 3000 DM pro Hektar als Mittelwert angegeben.

¹⁵ Bei Mähdeschern in kleinbetrieblichem Besitz besteht allerdings die Möglichkeit zu guter Ausnutzung in Lohnarbeit. Bei Kartoffelvollerntemaschinen scheidet dieser Weg in der Regel aus, da damit ja nur die Konkurrenz am Kartoffelmarkt unterstützt würde: Getreide ist preisgeregelt und absatzgesichert, die Kartoffel aber nicht.

technisch schon viel früher und können dann schon aus Preisgründen nicht ausgetauscht werden. Die unüberlegte Anschaffung einer an und für sich guten, aber nicht betriebsgerechten Maschine stellt häufig die Weichen auf Jahre hinaus und macht solche Betriebe nach vielleicht einem Jahr, das unter dem Schlagwort „der Zeit voraus“ stand, auf lange Zeit technisch rückständig¹⁶.

Bei einem Jahreseinkauf von über 3 Milliarden S und einem Instandhaltungsaufwand von einer weiteren Milliarde ist die Landwirtschaft tatsächlich für die Gesamtwirtschaft und vornehmlich für die Landmaschinenindustrie ein überaus stabiler und zuverlässiger Auftraggeber. Es sei aber die Frage aufgeworfen, ob sie das auch in Zukunft bleiben kann. Kaum in dem bisherigen Maße, da bei abnehmender Betriebszahl bereits eine gewisse Sättigung unverkennbar ist. Bei Neukauf einer Maschine wird überdies häufig die Rücknahme einer bereits gebrauchten verlangt. Im Ganzen hat sich die Konkurrenz auf dem Landmaschinenmarkt verschärft und auf lange Sicht könnten vorsichtig abwartende Landwirte durchaus ihren Gewinn ziehen¹⁷.

Die derzeitigen Entwicklungsrichtungen in der Mechanisierung der Landwirtschaft legen Vergleiche nahe mit der Fahrzeugausrüstung der Bevölkerung im allgemeinen. Hier wich das Fahrrad dem Motorrad und dem Moped, welche wiederum vom Kleinwagen verdrängt wurden. Früher oder später wird auch dieser vom „lebensstandardgerechten“ größeren Automobil ersetzt werden. Damit gewinnt die Fahrzeugindustrie mehrfach. Ähnlich zeigt z. B. der Vergleich der Maschinenzählung 1964 mit jener von 1963¹⁸ nur mehr geringfügige Zunahmen bei den Traktoren unter 18 PS, dagegen Vermehrung um mehr als ein Drittel in einem Jahr bei den Traktoren über 30 PS, ebenso Abnahme der kleineren Einachstraktoren zugunsten größerer, keine nennenswerte Zunahme mehr bei den Motormähern (die einmal das beste Pferd im Rennstall der Landmaschinenindustrie waren), dafür aber rasches Anwachsen der für die Bergbauern bestimmten selbstfahrenden Heuerntemaschinen¹⁹.

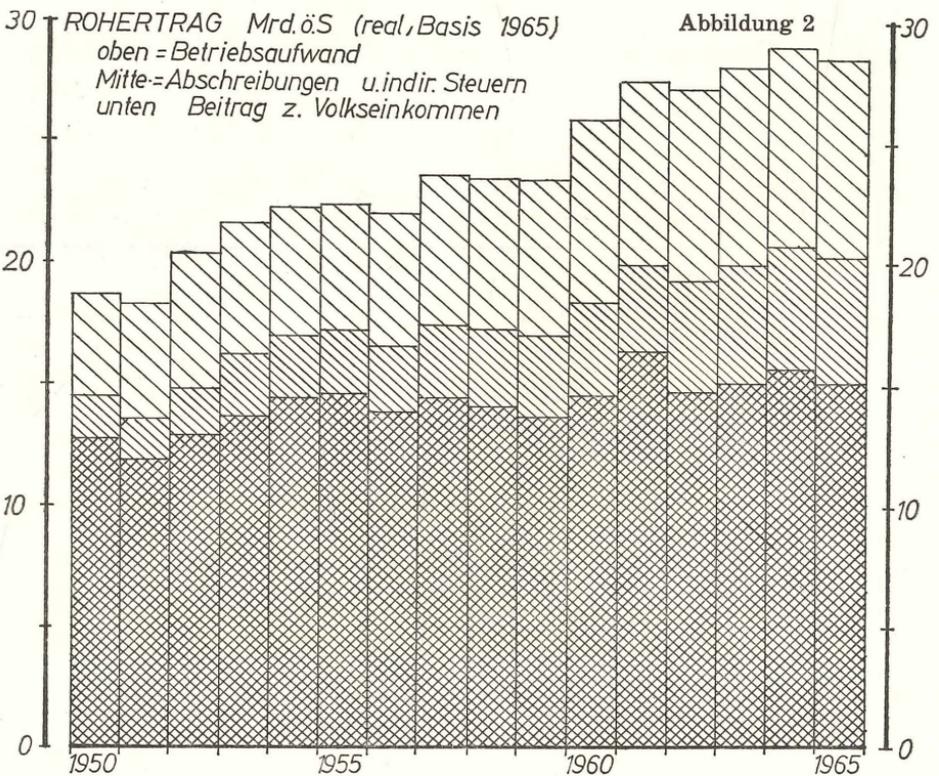
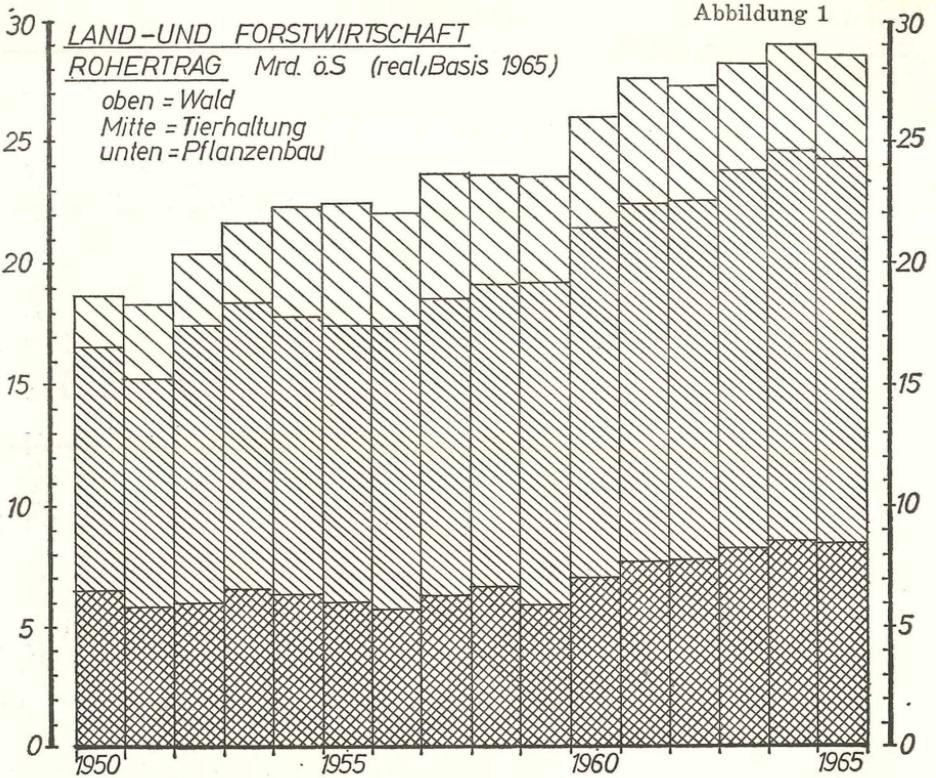
Noch ein Gesichtspunkt mag hier erwähnt sein. Die Landmaschinenindustrie konnte erfolgreich den Bestrebungen der Bauern auf individuellen Maschinenbesitz entgegenkommen, indem sie die Geräte für bestimmte Arbeitsvorgänge jeweils in verschiedenen Größen herstellte. Besonders die Traktoren wurden in zahlreichen PS-Klassen angeboten: jedem Betrieb der für ihn passende Traktor! Diese Entwicklung war auf längere Sicht — man denke nur an den Reparatur- und Ersatzteildienst — für die Landwirtschaft ausgesprochen unglücklich. Einerseits konnten auch von den sehr guten Typen nie Großserien aufgelegt werden, sodaß auch die Preise nicht zu senken waren. Andererseits ist es verständlich, daß ein PS in einem kleinen Traktor relativ teurer zu stehen kommt als in einem großen. Damit mußten viele Klein- und Mittelbetriebe ihre Energiezentren von vorn herein teuer kaufen. Überdies stellte es sich oft später heraus, daß zwar die verfügbaren PS am Zughaken des Traktors ausreichten, nicht aber jene an der Zapfwelle zum Betrieb gekoppelter Geräte, z. B. Vollerntemaschinen wie Feldhäcksler. Sogar die Ölhydraulik am Traktor wurde, als es sie schon längst gab, in der Gegenwerbung als ein Luxus hingestellt. Heute ist sie für jeden Traktor eine Selbstverständlichkeit.

¹⁶ Hiefür ein Beispiel aus einem Grünlandbetrieb, der eine sehr moderne Heuerntemaschine um 29.000 S anschaffte. Nur ein halbes Jahr später kam eine andere Maschine, die für den Betrieb wesentlich günstiger gewesen wäre, um 35.000 S auf den Markt. Die noch völlig neuwertige zuerst gekaufte Maschine war auch weit unter dem halben Preis nicht mehr abzusetzen.

¹⁷ Mit der Betriebsschrumpfung in der Landwirtschaft geht eine Abnahme der Zahl der Landmaschinen erzeugenden Betriebe parallel.

¹⁸ Statist. Nachr. 1964, H. 11, S. 549.

¹⁹ Die neueste Mechanisierungswelle im Gebiet der Viehwirtschaft betrifft anscheinend Selbstladewagen und Hochdruck-Güllefässer.



ROHERTRAG UND EINKOMMEN 1958 und 1964
in 1000 öS je Arbeitskraft (laufende Preise)

Prozentwerte = Betriebsaufwand, Abschreibungen u.
indirekte Steuern (% vom Röhertrag)



Abbildung 3

Der heute deutlich sichtbare Zug zu größeren Schleppern ergibt sich zum Teil aus einem wahren Bedarf. Der Verfasser neigt freilich dazu, den völlig untechnischen und irrealen Gesichtspunkten eines mit dem größeren Traktor verbundenen lokalen Prestiges noch größeres Gewicht beizumessen. Zuweilen ist man versucht, Vergleiche mit ähnlichen Erscheinungen in den unterentwickelten Ländern zu ziehen, wo man von einem gewissen Maschinenfetischismus sprechen könnte. Hier wie dort ist letzten Endes die moderne Technik zuerst geistig zu bewältigen, eine Notwendigkeit, die freilich dem im Lebendigen tiefer als im Mechanischen verhafteten Bauern überall auf der Welt schwerer fällt.

Zusammenfassend seien die Schwierigkeiten bei der Mechanisierung kleinerer und mittlerer Betriebe herausgestellt:

1. Kleine Betriebe müssen eine hohe Flächenproduktivität haben, wenn die Arbeitskräfte auf ihre Rechnung kommen sollen. Aus biologischen Gründen ist damit eine Betriebsvereinfachung kaum möglich, wie sie für eine optimale Mechanisierung Voraussetzung wäre. Vielseitiges Mechanisieren scheitert aber an den Kosten.

2. Kleinere Traktoren, die den Kleinbetrieben zugkraftmäßig genügen, eignen sich nicht für den Ausbau von Vollernteketten. Zudem wären auch die Vollerntemaschinen zu teuer.

3. Kleinere Maschinen sind überhaupt verhältnismäßig teurer. Im Grunde gelten dieselben Bedenken auch gegenüber dem zweiten großen Posten des Kapitaleinsatzes, den Gebäuden. Sowohl in den Ackerbaugebieten als im Raum der Grünlandwirtschaften zeichnet sich eine bemerkenswerte Veränderung in der Funktion der Gebäude ab. Bauten werden ja für längere Zeit erstellt und tragen zum Charakter der Wirtschaftslandschaft entscheidend bei. Wie von der Landschaft kann man auch von ihnen behaupten, daß sie kaum jemals richtig jener Wirtschaft entsprechen, die in ihnen betrieben wird, sondern wenigstens teilweise den Bedingungen von gestern und vorgestern. Auch heute völlig neu erstellte landwirtschaftliche Bauten beziehen sich mehr auf die Vorstellungen ihrer Planer als auf die Ansprüche, die der Benutzer in wenigen Jahren erkennen wird.

In den größeren Ackerbauwirtschaften des Nordostens und schon auch im Alpenvorland sind beim Übergang zu viehloser Wirtschaft die Ställe funktionslos geworden. Auch die Gesinderäume stehen leer, die großen Bergeräume für das Getreide (für den Winterdrusch) sind überflüssig. Das Ideal der Gegenwart wäre hier das Einfamilienhaus mit Geräteschuppen.

Im Gebiet intensiven Futterbaues und der Grünlandwirtschaft stehen zwar auch die Gesindekammern leer, doch haben die steigenden Flächenerträge an Rauhfutter die Vergrößerung von Scheunen und Ställen erzwungen. Erfolgt dann richtigerweise der Übergang zu umfassender Silowirtschaft, war ein schon vollzogener Umbau wieder falsch, denn nun sind die Scheunen wieder zu groß, die Ställe aber neuerdings zu klein. Untersuchungen über den Funktionswandel des Bauernhofes müssen damit sicher zu einer ergiebigen agrargeographischen Quelle werden.

Ähnlich wie in der Mechanisierung sind auch beim Bauen die kleineren Betriebe zu einer komplexeren Hofgestalt gezwungen. Kleinere Gebäude kommen ebenso relativ zu ihrer Funktion, die man genähert durch den Rauminhalt ausdrücken kann, teurer. Ein Stall für 80 Stück Großvieh ist sicher pro Stück viel billiger als vier Ställe für je 20 Stück. Außerdem erhöht das „betriebsgerechte“ Bauen wegen der Sonderwünsche sehr die Kosten.

Ein Überblick der Verwendung von Kapital in der heutigen österreichischen Landwirtschaft legt zwei Fragen nahe:

1. Welchen zusätzlichen Ertrag bringt das Kapital und wie könnte sein Einsatz verbessert werden?

2. Woher kommt das viele Kapital?

Auf beide Fragen soll nach einer Betrachtung über Rothertrag und Einkommen zurückgegriffen werden.

VI. Rothertrag und Einkommen

Die österreichische Land- und Forstwirtschaft hat nach dem zweiten Weltkrieg die erstaunliche Leistung vollbracht, den Rothertrag von rund 19 Milliarden S im Jahre 1950 auf etwa 29 Milliarden im Jahre 1965 zu heben²⁰. Diese Leistung wurde überdies bei sinkender Zahl der Beschäftigten²⁰ vollbracht, sodaß je Arbeitskraft im Jahre 1951 rund 17.600 S an Rothertrag, im Jahre 1965 aber etwa 46.000 S entfielen. Zu diesem Ergebnis haben die Bemühungen um Pflanzenbau, Viehhaltung und Forstwirtschaft gemeinsam beigetragen, wengleich nicht in allen Jahren in demselben Maße. Der Rothertrag aus Pflanzenbau hat sich in dieser Zeit von 6 auf 9 Mrd. S erhöht, jener aus Tierhaltung von 10 auf 16 Mrd. S und jener aus der Forstwirtschaft von 3 auf 4 Mrd. S. Die größten Rothertragszunahmen hat also die Tierhaltung, die geringsten die Forstwirtschaft aufzuweisen.

Zieht man vom Rothertrag den Betriebsaufwand allein ab, so erhält man den Beitrag zum Brutto-Nationalprodukt. Da sich der Betriebsaufwand in derselben Zeit, wiederum zu Preisen von 1965 gerechnet, von rund 4 auf 8 Mrd. S erhöht hat, verbleibt für das Brutto-Nationalprodukt eine Steigerung von rund 15 auf 21 Mrd. S. Zieht man von diesem Betrag noch die Abschreibungen und indirekten Steuern ab, die sich von 2 auf 5 Mrd. S erhöht haben, so verbleibt für den land- und forstwirtschaftlichen Beitrag zum Gesamt-Volkseinkommen noch eine Zunahme von 13 auf 16 Mrd. S.

Wie zu erwarten, ergeben sich von der gesamtösterreichischen Bilanz in den einzelnen Hauptproduktionsgebieten wesentliche Abweichungen, die wenigstens

T a b. 5. Prozentuelle Zunahme der Nominalwerte von Rothertrag, Abzügen und Einkommen in den Hauptproduktionsgebieten Österreichs, 1958—1964 pro Arbeitskraft²¹

| Produktionsgebiet | Rothertrag | Abzüge | Einkommen | Einkommen |
|-------------------------------|------------|--------|-----------|---------------------|
| | + % | + % | + % | in 1000 S (1964) |
| Nordöstl. Flach- u. Hügelland | 59 | 64 | 52 | 29,7 |
| Alpenvorland | 73 | 96 | 50 | 25,4 |
| Kärntner Becken | 77 | 106 | 48 | 22,6 |
| Wald- und Mühlviertel | 83 | 113 | 57 | 22,3 |
| Voralpen | 63 | 92 | 41 | 21,7 |
| Alpenostrand | 69 | 105 | 44 | 22,2 |
| Hochalpen | 71 | 102 | 48 | 21,4 |
| Südöstl. Flach- u. Hügelland | 75 | 120 | 44 | 19,8 |

²⁰ Zu Preisen von 1965 real gerechnet.

²¹ Berechnet nach dem „Grünen Bericht“ 1964, S. 116, 118 u. 128.

aufgezeigt sein sollen. Der Rohertrag ist in allen Gebieten nominal und sicher auch real gestiegen. Am wenigsten war dies im Ackerbaugebiet des Nordostens der Fall, wo die Zunahme nominal 59% betrug, am meisten im Wald- und Mühlviertel, im Kärntner Becken und im südöstlichen Hügelland (75 bis 83%). Die vom Rohertrag vorzunehmenden Abzüge für Betriebsaufwand, Abschreibungen und indirekte Steuern haben sich ähnlich verhalten. Die geringste Zunahme war hier im Nordosten mit 64%, die größte im Südosten mit 120% zu verzeichnen. Die unterschiedlichen Tendenzen im Kapitaleinsatz kommen hier deutlich zum Ausdruck. Auch relativ auf den Rohertrag bezogen war die geringste Zunahme der Abzüge im Ackerbaugebiet des Nordostens, die größte aber im Südosten zu verzeichnen.

Das Verhältnis von Rohertragszunahme und Zunahme der Abzüge bietet ein Näherungsmaß für den Wirkungsgrad des zusätzlich eingesetzten Kapitals. Das Gebiet mit dem ohnehin höchsten Arbeitseinkommen, das nordöstliche Flach- und Hügelland, hat mit dem geringsten Kapitaleinsatz zwar auch die geringste Rohertragssteigerung erzielt, dabei aber mit bestem Wirkungsgrad gearbeitet und eine beachtliche Einkommensverbesserung aufzuweisen. Man hat den Eindruck, daß hier bei noch höherem Kapitaleinsatz weitere Einkommensreserven auszuschöpfen wären.

Im Gegensatz dazu hat das Gebiet mit dem geringsten Arbeitseinkommen pro Kopf, das südöstliche Flach- und Hügelland, bei größter Steigerung des Kapitaleinsatzes und schlechtestem Wirkungsgrad eine nur mittelmäßige Rohertragssteigerung erlangen können, sodaß die Einkommenszunahme gering blieb. Die Gebiete sind in der Tabelle annähernd nach dem absoluten Arbeitseinkommen pro Kopf nach dem Stande von 1964 gereiht. Zur Erklärung der auftretenden großen Unterschiede wäre aber eine ausführliche Analyse nach der Betriebsstruktur notwendig, da z. B. sowohl im Nordosten als im Südosten sehr viele Kleinbetriebe vorhanden sind. Das Ergebnis spricht aber dafür, daß der Einkommenszuwachs mit Hilfe zusätzlichen Kapitals in den größeren Betrieben günstiger ausfällt. Die Fragwürdigkeit zu starken Kapitaleinsatzes in Kleinbetrieben kommt in aller Schärfe zum Ausdruck.

VII. Landwirtschaftliches und nichtlandwirtschaftliches Einkommen

Aus der schon bisher vorhandenen unterschiedlichen Struktur der österreichischen Landwirtschaft ergibt sich nach den obigen Darstellungen eine allmählich deutlicher werdende Spannung. Gebiete mit schon bisher höherem Arbeitseinkommen entwickeln sich weiter günstig und können noch auf Reserven rechnen, solche mit geringem Einkommen bleiben trotz relativ größerer Anstrengungen weiter zurück. Erst in dieser Sicht wird auch der Vergleich mit den Einkommensverhältnissen des nichtlandwirtschaftlichen Teils der Bevölkerung voll verständlich.

Das Diagramm gibt den ebenso aus anderen Staaten bekannten Trend wieder, daß sich eine fast stationär wirkende Land- und Forstwirtschaft einer ungemein stark expandierenden übrigen Wirtschaft gegenüber sieht. Vom Konsum her gesehen bedeutet dies das relative Zurückbleiben der lebensnotwendigen Bedürfnisse gegenüber den vielfach erst künstlich geschaffenen zusätzlichen Wohlstandswünschen und ihrer Verwirklichung. Man muß jedoch die Beiträge zum Brutto-Nationalprodukt in das Verhältnis zur Zahl der Berufstätigen

setzen, um sie richtig beurteilen zu können. Demnach entfielen um 1950 auf einen nicht landwirtschaftlichen Tätigen rund 39 000 S Bruttonationalprodukt²², auf einen in der Land- und Forstwirtschaft Arbeitenden aber nur 13 000 S. Bis zum Jahre 1965 hatte sich das Verhältnis geändert und es traf auf die nichtlandwirtschaftlichen Kräfte 61 000 S, auf die land- und forstwirtschaftlichen aber fast 35 000 S. Relativ gesehen hat also in dieser Zeit das Brutto-Nationalprodukt auf realer Preisbasis durchschnittlich im Jahr beim nichtlandwirtschaftlichen Teil um 4%, beim land- und forstwirtschaftlichen aber um fast 12% zugenommen.

Die arbeitenden Menschen leben aber nicht von der Statistik relativer Einkommenszunahmen sondern von den Einkommen selbst oder aber sie beobachten die Einkommensdifferenzen gegenüber anderen Wirtschaftsgruppen.

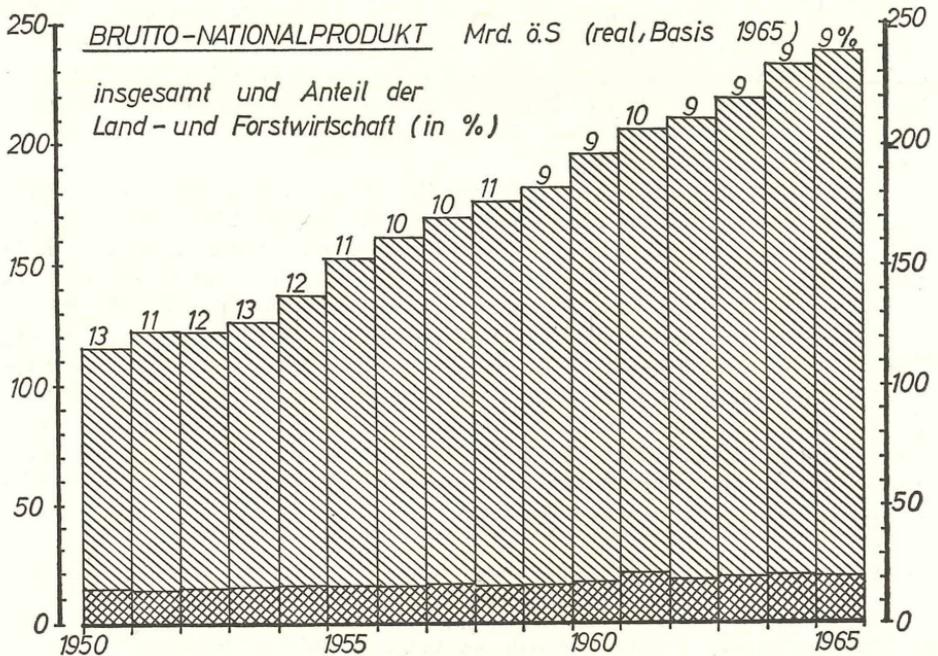


Abbildung 4

Daher sei darauf verwiesen, daß für Land- und Forstwirtschaft die sosehr gestiegenen Beträge pro Kopf auch im Jahre 1965 noch unter jenen lagen, die die Berufstätigen der übrigen Wirtschaft schon um 1950 besessen hatten. Es ist überhaupt von großer Bedeutung, wie die Vermehrung des Pro-Kopf-Einkommens, dieses eindrucksvolle Wachsen der Arbeitsproduktivität zustande gekommen ist.

Das doppelt logarithmische Nomogramm ermöglicht es, die dargestellten Größen leicht zu erfassen, wenn sie sich ändern. Die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung hat in dem zugrundegelegten Jahrzehnt um mehr als eine halbe Million zugenommen, wovon rund 350 000 aus der Land- und Forstwirtschaft stammten. Das Volkseinkommen dieser Gruppe erhöhte sich gleichzeitig von

²² Real, auf Basis der Preise von 1965.

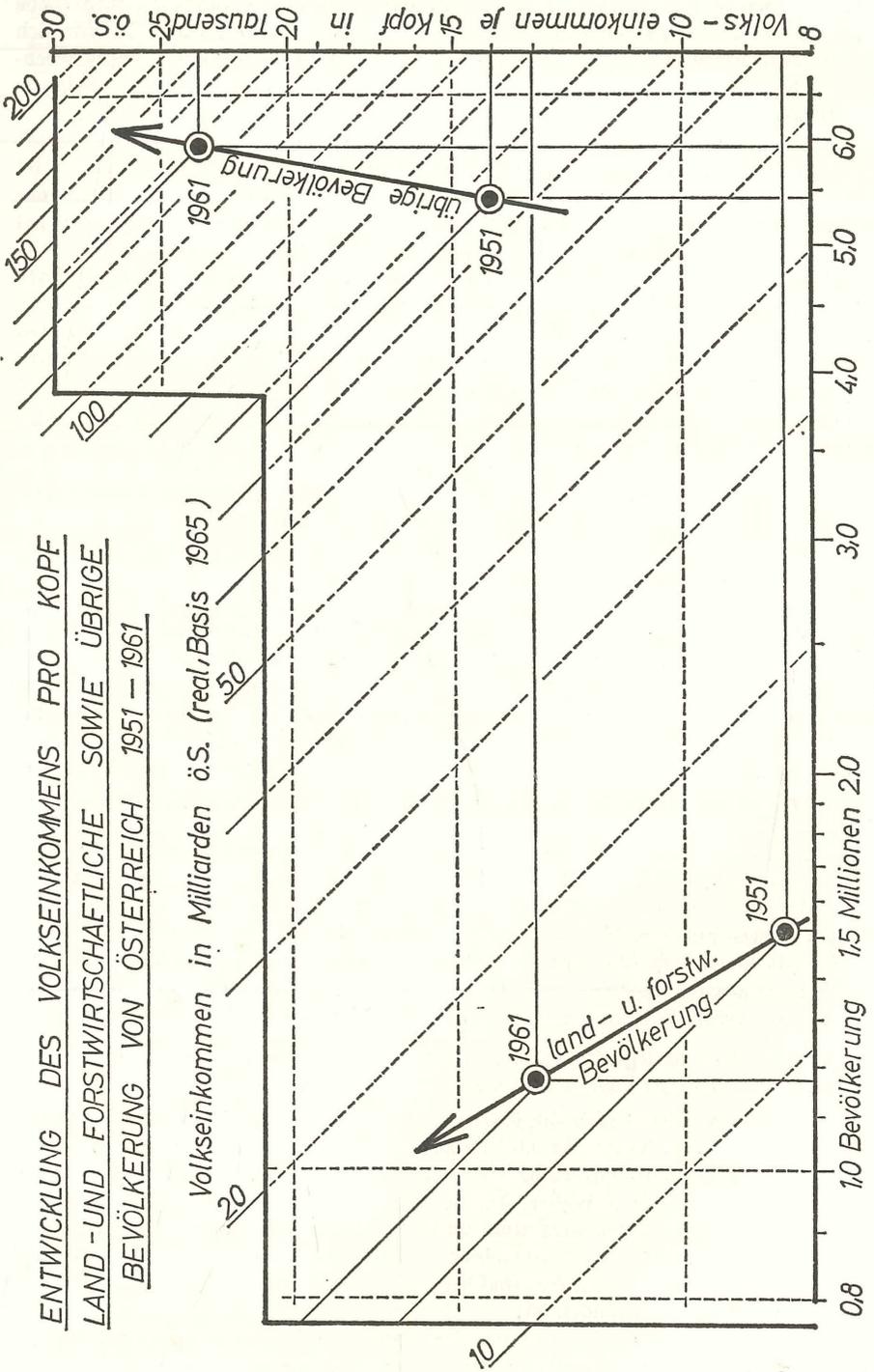


Abbildung 5

rund 14 000 S pro Kopf auf 23 000 S, das gesamte nichtlandwirtschaftliche Volkseinkommen also von rund 76 Milliarden S auf 138 Milliarden. Es läßt sich leicht abschätzen, daß ohne die aus der Land- und Forstwirtschaft übergewechselten 300 000 Arbeitskräfte das Volkseinkommen um rund 8 Mrd. S niedriger geblieben wäre (Abb. 5).

Ganz anders haben sich die Einkommen in der Land- und Forstwirtschaft entwickelt. Hier hat die Bevölkerung abgenommen und vor allem dadurch ist das Pro-Kopf-Einkommen gewachsen. Wenn eine Extrapolation im Sinne des eingezeichneten Pfeiles zulässig ist, wäre eine Kopfquote von 20 000 nur bei Schrumpfung auf einen Bevölkerungsteil von 900 000 zu erreichen. Der aufmerksame Betrachter des Nomogrammes wird deutlich sehen, daß die oft zitierte Beseitigung der Einkommensdiskrepanz zwischen der land- und forstwirtschaftlichen Gruppe und der übrigen Bevölkerung auf dem Weg der sogenannten „Gesundshrimpung“ allein gar nicht möglich ist. Das für 1966 geschätzte Pro-Kopf-Einkommen der nicht landwirtschaftlichen Berufstätigen beträgt rund 43 000 S, beim land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerungsanteil aber nur 26 000 S. Sollte letzterer Wert auf die Höhe der Quote der übrigen Bevölkerung gehoben werden, so müßte entweder das land- und forstwirtschaftliche Volkseinkommen insgesamt von 16 Milliarden S auf 26 Milliarden S erhöht werden, was wahrscheinlich einen Rohertrag von weit über 60 Milliarden S, also ungefähr doppelte Produktion bedeuten würde. Oder es müßte bei gleichbleibendem Gesamteinkommen die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft Berufstätigen weiter auf etwa 370 000 verringert werden. Damit würde der Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung Österreichs auf ungefähr 8% absinken.

Im ersten Falle wäre die Frage zu stellen, ob eine derartige Produktionsausweitung überhaupt möglich wäre, wie lange dieser Prozeß dauern würde und vor allem, woher das zur Erzeugung der Mehrproduktion notwendige Kapital kommen könnte. Selbst wenn alle diese Fragen gelöst würden, bliebe noch die größte offen, wohin nämlich die Mehrproduktion abgesetzt werden könnte und wie man sich den internationalen Zahlungsausgleich vorstellen müßte.

Im zweiten Falle bleibt völlig offen, wie die betriebswirtschaftlichen Probleme der verbleibenden größeren Einheiten gelöst werden können. Selbst eine radikale Verbesserung der Flurverfassung und der Arbeitstechnik auf den Hofstellen ergäbe nur eine Teillösung. Auch der Kapitalbedarf würde über den bisherigen Rahmen weit hinausgehen, zumal viele Betriebe schon boden- und klimabedingt die erstrebenswerte Betriebsvereinfachung im Rahmen einer innerösterreichischen arbeitsteiligen Landwirtschaft gar nicht mitmachen könnten.

VIII. Andere Wege, das Familieneinkommen in Land- und Forstwirtschaft zu erhöhen

Tatsächlich bewegt sich die österreichische Land- und Forstwirtschaft derzeit und wohl auch weiterhin auf keinem der oben gezeigten extremen alternativen Wege, sondern auf einer vermittelnden Linie. Einerseits werden die Roherträge und Einkommen absolut erhöht, andererseits nimmt die Zahl der Betriebe weiter ab. Damit wird wohl auch in Hinkunft die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft stärker ansteigen als in jedem anderen Wirtschaftszweig, ohne aber auch nur jene Höhe annähernd erreichen zu können, die außerhalb der Landwirtschaft vorhanden ist.

Das bedeutet, daß bei einzelnen Erzeugnissen zeitweise Absatzkrisen durch Überproduktion auftreten können, aber auch ein weiterer Teil der land-

wirtschaftlichen Bevölkerung „auf Abruf in die übrige Wirtschaft bereitsteht“. Aus beidem entspringt Unzufriedenheit und Unsicherheit. Es ist daher nützlich, zu untersuchen, ob nicht andere Wege offenstehen.

Es wird dabei angenommen, daß die oben gezeigten extremen Alternativen, Produktionsexplosion oder totale Gesundschumpfung, gleichermaßen falsch und überflüssig seien. Es solle weder am gesamten land- und forstwirtschaftlichen Rohrertrag noch an der Zahl der daran durch Arbeit Beteiligten eine drastische Änderung vorgenommen werden. Hiefür stehen zwei Möglichkeiten offen, die gerade in der Verbindung am aussichtsvollsten sein müßten:

1. Vermehrter Erwerb von nichtlandwirtschaftlichem Nebeneinkommen und
2. Gründliche Senkung des Betriebsaufwandes und der Abschreibungen.

Nebenerwerb ist bei der weithin kleinbäuerlichen Besitzstruktur der österreichischen Landwirtschaft mehr oder weniger immer schon üblich gewesen. Neue Impulse hat z. B. der Fremdenverkehr gebracht. Es hat sich gezeigt, daß gerade die Nebeneinkommen in beträchtlichem Umfang zur Mechanisierung der Kleinbetriebe herangezogen worden sind. Andererseits beobachtet man bei Nebenerwerbsbetrieben weitaus mehr Betriebsauffassungen als bei Vollerwerbsbetrieben. Das überrascht nicht, da der Kapitaleinsatz zwecks Arbeitsentlastung in diesen kleinen Betrieben unverhältnismäßig teuer kommt.

Aus Gründen einer gesunden und naturverbundenen Lebensform wäre es einem möglichst großen Teil der Bevölkerung Österreichs zu wünschen, daß die tätige Bindung an den Boden erhalten bleibt. Das wird auf Dauer nur gelingen, wenn die Fehlinvestitionen nicht das wieder aufbrauchen, was durch Nebenverdienst gewonnen wird. Vordringlich müßten also Betriebsaufwand und Abschreibungen gesenkt werden und zwar in allen Betrieben, wengleich in jenen mit Nebenerwerb dringlicher als in den Vollbauernwirtschaften.

Hier sei zuvor noch einem Einwand entgegengetreten, der aus der Tatsache des großen Kapitalaufwandes an sich schon begründet erscheint. Wie kann die Landwirtschaft so kleine Einkommen haben, wenn sie in der Lage ist, solche Investitionen zu tätigen? Es ist anzunehmen, daß nur ein kleiner Teil des Kapitals unmittelbar dem Reinertrag des vorangegangenen Jahres entnommen wird. In der Regel geht die Investition auf dem Darlehensweg dem angestrebten höheren Ertrag voraus. Tatsächlich hat die Verschuldung in den letzten Jahren stark zugenommen. Sie belief sich zum 1. Jänner 1962 auf mehr als 2 Milliarden S und dürfte zu Jahresende 1966 über 14 Milliarden S betragen²³. Die Zinssätze sind zum Teil durch Subventionen niedrig gehalten, doch werden auch andere Kredite von Instituten wegen der guten Sicherstellung gerne vergeben. Selbst Verschuldungen bis weit über den steuerlichen Einheitswert sind nicht selten.

Ein zweiter Weg der Finanzierung, der besonders zwischen 1955 und 1960 bei hohen Holzpreisen nahelag, ist die Übertragung von Erlös aus der Forstwirtschaft in die Landwirtschaft. Soweit es sich dabei um die erwünschte pflegliche Durchforstung bisher ungenutzter Bestände handelte, war beiden Teilen geholfen. Leider wurden auch Eingriffe in die Masse des Waldes selbst vorgenommen, die besser unterblieben wären. Es ist falsch, gerade den Betriebsteil mit geringem Betriebsaufwand und sicherem Rohrertrag zugunsten

²³ Vgl. „Grüner Bericht“ 1962.

eines anderen mit hohem Aufwand und unsicherem Ertrag zurückzustellen.

Neben Holzschlägerung und Geldkredit ist es in neuerer Zeit hauptsächlich der Verkauf von **B a u g r u n d**, der zur Finanzierung der Maschinenanschaffungen und Neubauten dient. Fürs erste erscheint damit eine sehr ergiebige und auf längere Sicht nicht versiegende Quelle erschlossen zu sein. Die Flächenverluste fallen im Gesamtertrag der Höfe nicht ins Gewicht, zumal es sich oft um boden- oder geländebedingt minderwertiges Land handelt. Die größere Gefahr scheint dem Verfasser in zweierlei Hinsicht zu liegen. Einerseits kann sich leicht jeder Bauer für reicher halten, als er ist. Der Übermechanisierung sind Tür und Tor geöffnet. Der Kapitalaufwand steht zwar in keinem Verhältnis zum Zweck, aber der Betrieb kann weiter gehen. Andererseits steht der Baulandverkauf aus diesem Interesse des Verkäufers oft in Widerspruch zu den öffentlichen Interessen. Durch gegenseitige Rücksichtnahme innerhalb der Gemeinden wird praktisch keinem Besitzer dieser Finanzierungsweg verschlossen, sodaß sich die Gemeinde mit der Zersiedelung der Landschaft und den daraus sich ergebenden überhöhten kommunalen Lasten abzufinden hat. Diese Entwicklung ist also doppelt verderblich und leider, wenn einmal eingetreten, nicht mehr rückgängig zu machen ²⁴.

Damit scheint sich der Kreis zu schließen, in den ein großer Teil unseres Bauerntums bereits einbezogen ist. Bei geringem landwirtschaftlichen Einkommen und damit geringem landwirtschaftlichen Bodenwert erfährt der Bauernbesitz dennoch seine **A u f w e r t u n g** durch die Nachfrage aus den Kreisen der übrigen Bevölkerung. Aber die Verkaufserlöse kommen nur scheinbar den Bauern zugute, die ihre Betriebe „mit abnehmendem Wirkungsgrad immer schneller laufen lassen“. Nutznießer ist über die landwirtschaftlichen Investitionen wiederum die übrige Wirtschaft, Leidtragender auf weite Sicht aber die ganze Bevölkerung. Nicht nur der Mensch, auch der Boden ist damit zu einem außerlandwirtschaftlichen Faktor in Reserve und auf Abruf geworden.

Schließlich sei betont, daß neben der Umwandlung von Holz und Boden in landwirtschaftliches Betriebskapital auch die physische **Ü b e r b e l a s t u n g** der ganzen Bauernfamilie eine Art vorgreifender Kapitalentnahme aus dem Schatz der Volksgesundheit darstellt. Früher oder später wird auch dafür der Wechsel zum Einlösen präsentiert werden ²⁵.

Es gilt also, an Stelle der Fehlentwicklung in Siedlung und Flur und der Scheinblüte der Bauernbetriebe bessere Wege zu weisen. Soweit dies durch eine billigere Maschinenhaltung gesichert werden könnte, sind auch die Möglichkeiten über gemeinsame Nutzung längst bekannt. Es ist nur eine Frage der Einsicht und des Willens der Betroffenen, von diesen Gebrauch zu machen. Hierher zählen die Organisationsformen der genossenschaftlichen Anschaffung und Nutzung, des gegenseitigen oder staatlichen Verleihs, der Lohnarbeit oder des gegenseitigen Austausches von Maschinen- und Handarbeit.

Von anhaltend aktuellem Interesse erscheint dem Verfasser das von Erich GEIERSBERGER entworfene großzügige Konzept einer neuen Sozialstruktur ²⁶.

Es sei davon ausgegangen, daß es bei der stark **k l e i n b ä u e r l i c h e n** **A g r a r s t r u k t u r** in der Bundesrepublik und auch in Österreich, wie oben gezeigt, sinnlos ist, eine Aufstockung zu „lebensfähigen“ Vollbauernbetrieben

²⁴ Daher ist die Übertragung entscheidender Planungskompetenzen an die kleinen Gemeinden zu bedauern. Gegenseitige Rücksichtnahme führt gerade hier zu Fehlentwicklung zu Lasten aller.

²⁵ Irrtümlicherweise wird allgemein Maschinenarbeit als leichter und gesünder angesehen. Das Gegenteil ist richtig, vor allem weil die Überlastungsicherung durch den Muskel von Tier und Mensch weggefallen ist.

²⁶ Dr. Erich GEIERSBERGER, Leiter des Bayerischen Landfunks; Einzelheiten nach einem Vortrag am 20. 12. 1963 in Innsbruck.

erreichen zu wollen. Dieses Verfahren wäre nicht nur unerhört teuer, sondern sogar unerwünscht. Andererseits besteht zur Hebung der Einkommen tatsächlich kein anderer Weg, als daß mehr als die Hälfte der derzeitigen Vollbauern eine unselbständige Arbeit in Gewerbe und Industrie annimmt. Diese Menschen sollen aber als Bauern auf ihren Höfen bleiben und von dort aus täglich ihren Arbeitsplatz erreichen.

Fast ein weiteres Drittel der bisherigen Vollbauern hätte die Möglichkeit, mit den eigenen Traktoren und Maschinen in kostendeckender Lohnarbeit die Felder der ersten Gruppe, also der Arbeiterbauern, mit zu bearbeiten. Der Rest von etwa 10 bis 20% könnte vollberuflich ausschließlich auf dem eigenen Hofe bleiben, trotzdem aber die Maschinenhilfe der zweiten Gruppe (Maschinenbauern) in Anspruch nehmen.

Damit käme die erste Gruppe in den Genuß eines vollen gewerblich-industriellen Einkommens, ohne ihren landwirtschaftlichen Betrieb aufgeben zu müssen. Die physische Überbelastung dieser Familien würde ebenso verhütet wie die Überladung mit Maschinenkapital.

Die zweite Gruppe könnte sich größere und relativ billigere Maschinen, vor allem leistungsfähigere Vollerntemaschinen anschaffen. Die Rentabilität dieses Maschinenkapitals wäre durch die Lohnarbeit gesichert.

Auch die dritte Gruppe käme in den Genuß der hochspezialisierten Facharbeit von Seite der zweiten Gruppe und würde damit arbeits- und kapitalmäßig entlastet.

Der Vorzug dieses Konzepts scheint darin zu liegen, daß die Besitzstruktur unverändert bleiben kann, ja sogar der Zwang zur Verpachtung behoben erscheint. Verändert sind nur die Sozialstruktur und die Arbeitsorganisation. Der Produktionsfaktor Mensch ist der weitest beweglichste und mit ihm ändert sich auch die Sozialstruktur ohne Zwang. Der angegebene Bau einer neuen Agrarsozialstruktur würde vor allem bei Wirtschaftskrisen, mögen sie nun mehr die Landwirtschaft oder die Industrie betreffen, eine beachtliche Auffangwirkung haben²⁷.

Kern der neuen Arbeitsorganisation sollten die Maschinen- und Arbeitsbanken sein, die von einem hauptamtlichen Geschäftsführer geleitet werden sollen. Dieser hat alle Arbeitsaufträge zu vergeben und die bestätigte Durchführung über eine Bank zu verrechnen. Wichtigste und zugleich billigste Voraussetzung für das Funktionieren des Systems ist der Fernsprechananschluß auf jedem Hof.

Der Haupteinwand gegen das System, der von den Bauern selbst erhoben wird, geht von der Viehhaltung aus. Nur bei viehlosen Betrieben dürfte

T a b. 6. Verteilung der 276 305 Besitzer von Kühen nach der Kuhzahl;
Stand vom 3. 12. 1964²⁸

| Zahl der Kühe | Besitzer % | Zahl der Kühe | Besitzer % |
|---------------|------------|---------------|------------|
| 1 | 15,3 | 11 bis 20 | 3,6 |
| 2 bis 3 | 39,1 | 21 bis 30 | 0,2 |
| 4 bis 5 | 23,7 | 31 und mehr | 0,1 |
| 6 bis 10 | 18,1 | zusammen | 100,1 |

²⁷ Dies entspräche jener gewissen Dämpfung von Krisen, die in Realteilungsgebieten zu beobachten war.

²⁸ Statist. Nach. 1966, H. 7.

es sich von vornherein reibungslos einzuspielen vermögen. Wie aber die österreichischen Betriebe in der Viehhaltung zusammengesetzt sind, geht klar aus den Ergebnissen der Viehzählung hervor.

Demnach haben weit mehr als die Hälfte aller Kuhbesitzer weniger als vier Kühe. Ferner kann nach einer näherungsweise Umrechnung geschlossen werden, daß vom gesamten Kuhbestand Österreichs rund 27% in Ställen mit weniger als vier Kühen steht und nur 2% in solchen mit mehr als 20 Kühen. Etwa die Hälfte aller Kühe ist in Ställen mit mehr als fünf oder weniger als sechs Kühen zu finden. Es ist daher verständlich, daß auch die Kapitalanlagen in den Ställen für kleine Viehbestände weithin eine der Ursachen geringer Rentabilität bilden.

Von den größeren Betrieben im Nordosten Österreichs und im Alpenvorland wurde zum Teil der Weg eingeschlagen, überhaupt ohne Vieh zu wirtschaften. Das überrascht angesichts der Tatsache, daß in den letzten Jahren die Roterträge aus Tierhaltung stärker gestiegen sind als jene aus Pflanzenbau. Das ließe ziemlich sicher auch auf einen Anreiz über die Preisbildung schließen. Während aber dieser Anreiz von den kleineren Betrieben mit ihrem unablässigen Drang nach bester Verwertung des hohen familieneigenen Arbeitsvermögens ausgenutzt werden konnte, mußte der auf familienfremde Kräfte angewiesene größere Betrieb darauf verzichten. Er kann dies auch dort, wo die gesamte Betriebsfläche ackerbar ist, wo also absolutes Grünland fehlt. Freilich wird vorausgesetzt, daß die Fruchtbarkeit des Bodens auch ohne Stalldünger erhalten werden kann. Das ist neben der Bodenbeschaffenheit vornehmlich eine Frage des Fruchtwechsels, wobei dem Kleegrasbau die Sorge für den Aufbau von Wurzelhumus zufällt. Die Grasjahre bilden aber für die jeweiligen Schläge Jahre außer Ertrag, wengleich nicht auch außer Arbeit. Mögen auch auf solche Weise die Flächenerträge auf den Getreide- und Hackfruchtschlägen zu halten sein, so muß doch die durchschnittliche Flächenproduktivität des Betriebes zurückgehen. Freilich ist zu hoffen, daß die Einsparung an Betriebsaufwand noch größer ist.

Es wird daher also extensiviert. Diese größeren Betriebe befinden sich in ähnlicher Lage wie die Getreidefarmen in der Neuen Welt. Boden und Kapital ist für die Größe der Familie ausreichend vorhanden, die eigenen Arbeitskräfte sind knapp und müssen gut eingesetzt werden. Ob freilich die Radikallösung, das ganze Vieh wegzugeben und so einen sorgenfreieren Alltag zu haben, richtig war, kann vom Boden und damit auch von der Betriebswirtschaft her erst nach mehr als einem Jahrzehnt entschieden werden. In vielen Fällen wäre es wahrscheinlich besser gewesen, bei einer schwächeren Viehhaltung, freilich ohne Milchwirtschaft, zu verbleiben.

Der Kleinbetrieb kann nicht flächenextensiv wirtschaften und somit bleibt ihm in der Regel auch die viehlose Wirtschaft verschlossen. Sie kann aber dort trotzdem Bedeutung erlangen, wo die Verluste über die unter „Grünbrache“ stehenden Flächen durch Nebenerwerb oder einen einträglicheren Hauptberuf wettgemacht werden können. Einen Einzelfall stellen hier auch die viehlosen Grünlandwirtschaften dar, die sich auf Heuwerbung und Heuverkauf beschränken. Abgesehen von den von Jahr zu Jahr sehr ungleichen Preis- und Einkommensverhältnissen kann in diesen Betrieben die Bodenfruchtbarkeit sogar ständig verbessert werden, wenn die mineralische Düngung mit Phosphorsäure und Kalisalz nicht vernachlässigt, auf größere Ernten mit Hilfe von Stickstoffdüngung aber verzichtet wird. Wenn es not-

wendig ist, sind solche mit Wurzelhumus angereicherte Böden jederzeit nach Umbruch in der Lage, Höchsternten an Hackfrüchten zu erbringen.

Der Unterschied zwischen viehloser Ackerwirtschaft und viehloser Grünlandwirtschaft ist also denkbar groß. In der viehlosen Ackerwirtschaft wird bestenfalls die Flächenproduktivität gehalten oder sogar vom Vorrat zu Lasten der Zukunft gezehrt. Im richtig geführten viehlosen Grünlandbetrieb wird für magere Jahre gespart.

Wesentlich rentabler als der Weg zur viehlosen Wirtschaft ist gerade für den kleinen und mittleren Betrieb mit Nebenerwerb die Änderung der Arbeitsorganisation für die Stallarbeit. Vor allem die Kostenfrage bei neuen Ställen sollte eine verbundene Viehhaltung nahelegen. Angesicht der Entwicklung in Osteuropa und im östlichen Teil Mitteleuropas erscheint ein solcher Vorgang aber der überwiegenden Mehrzahl der viehbesitzenden Bauern völlig suspekt. Andererseits wurde nie an der gemeinsamen Viehhaltung mit Milchwirtschaft auf den Almen Anstoß genommen, sodaß es nur eine Frage der Anpassung wäre, diese auf den Sommer begrenzte Ordnung auch während des übrigen Jahres zu benützen. Ansätze zu solchen Entwicklungen sind bereits vorhanden, wie die Gemeinschaftsställe im Obstbauggebiet Südtirols zeigen. Dort sind es weniger die Baukosten als die Arbeitszeitkollisionen von Viehwirtschaft und Obstbau, die zur arbeitsteiligen Organisation führen. Schwierigkeiten um die Arbeitszeit ergeben sich im Grunde aber in allen viehhaltenden Betrieben die sehr flächenintensiv wirtschaften oder deren Inhaber die Ergänzung für fehlende Arbeitsproduktivität im Nebenberuf sucht.

In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß durch die Aufstallung in größeren Gebäuden auch jene Arbeitskettens für die Futterwerbung und Fütterung voll eingesetzt werden könnten, die den Viehfarmen der Neuen Welt ihre so außerordentlich hohe Arbeitsproduktivität bei guter Flächenleistung verleihen. Vor allem die Silowirtschaft mit ihrem hohen Energie- und Transportbedarf, freilich auch bester Mechanisierung vom Feld bis zum Viehmagen, erreicht nur in genügend großen Betriebseinheiten ihre volle Durchschlagskraft.

IX. Der Strukturwandel der Landwirtschaft und die Agrargeographie

Im Zusammenspiel der veränderlichen Produktionskräfte wird die Wirtschaftslandschaft unablässig umgeformt. Man kann sie am besten über die Produktionsfaktoren Boden, Mensch und Kapital begreifen. In stetig elastischer Ausnützung der natürlichen Gegebenheiten und Anpassung an die wirtschaftlichen Bedingungen wird eine immer neuere Schicht der Kulturlandschaft geschaffen. Schöpfer ist letzten Endes der entscheidende Mensch, dessen Geist und Gemüt schwerer wiegen als der Faktor Arbeitskraft. Eine Herausforderung nach der anderen wird an ihn herangetragen und er hat so oder so darauf zu antworten.

Freilich ist die neue Kulturlandschaft immer weniger das Werk der Bauern. So wie die Landwirtschaft selbst immer stärker in den Markt verstrickt wird, nimmt mit der Rückfracht immer mehr Landwirtschaftsfremdes Einfluß auch auf die ländliche Wirtschaftslandschaft selbst. Dem Agrargeographen steht es frei, rückblickend die erfolgten Veränderungen zu erfassen und zu erklären. Sicher werden damit wertvolle Beiträge zu einer historischen Landeskunde geleistet.

Andererseits sind neben den Bauern auf den Feldern und Höfen bereits viele

Vertreter der Behörden, der Kammerorganisationen, der Genossenschaften, des Bildungswesens und nicht zuletzt auch die Gesetzgebung mit am Werk, um die Wirtschaftslandschaft von morgen zu schaffen. Alle diese Lenkungsorgane und Steuerzentren beeinflussen nicht nur die Struktur der Landwirtschaft und ihrer Landschaft in der Praxis, sondern betreiben häufig auch Grundlagenforschung.

Es dürfte kaum zu bestreiten sein, daß die fruchtbarsten und gründlichsten regionalen und monographischen Beiträge zu einer wissenschaftlichen Agrargeographie von den Vertretern der Landwirtschafts- und Forstwissenschaft selbst besorgt werden. Das ist nun auch vom Standpunkt der wissenschaftlichen Geographie nicht bedauerlich, bringen doch die Vertreter der Bodenkulturwissenschaften jene komplexen biologischen und betriebswirtschaftlichen Kenntnisse mit, die dem in viele Teilgebiete der Geographie verwobenen Geographen in den Einzelheiten meist fehlen.

Der Geographie bleibt es, an den Ergebnissen der Landwirtschaftswissenschaften nicht vorbeizugehen, dabei aber selbst bereit zu bleiben, in Einzeluntersuchungen einzutreten, wo dies aus der besseren Schau weltweiter Vergleiche nötig erscheint.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft](#)

Jahr/Year: 1967

Band/Volume: [109](#)

Autor(en)/Author(s): Fliri Franz

Artikel/Article: [Bin betriebswirtschaftlicher Beitrag zur Agrargeographie Österreichs 257-280](#)